



QUEERAMNESTY

RUNDBRIEF DER DEUTSCH-
SPRACHIGEN AMNESTY
INTERNATIONAL-LGBTI-GRUPPEN
AUSGABE NR. 51 / SOMMER 2015

AMNESTY
INTERNATIONAL



Foto: Amnesty International

TRANS*-FORMATION IN NORWEGEN

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN TRANS*-MENSCHEN

Trans*-Menschen – d.h. im weitesten Sinne Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht mit dem Geschlecht übereinstimmt, welches ihnen bei ihrer Geburt zugewiesen wurde – sehen sich noch immer überall auf der Welt Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Ein zentrales Problem ist die staatliche Anerkennung der eigenen Geschlechtsidentität im Recht. Diese auf den ersten Blick rein formale Frage hat unzählige Auswirkungen auf das Leben von Trans*-Menschen. Einerseits die unmittelbaren: Wird das Geschlecht beispielsweise auf Personalausweis, Führerschein und Krankenversicherungsausweis nicht korrekt angegeben, so werden Trans*-Menschen in Alltagssituationen zwangsweise geoutet und somit oft Unverständnis oder Feindseligkeiten ausgesetzt. Die Änderung der Geschlechtsangabe auf solchen Dokumenten setzt in den meisten Staaten allerdings eine Änderung des personenstandsrechtlichen Geschlechts voraus.

Der Umgang der Staaten mit Trans*-Menschen hat zudem mittelbaren Folgen: Wenn schon der Staat die eigene Geschlechtsidentität von Trans*-Menschen nicht erst nimmt, ist es umso schwieriger, ein gesellschaftliches Umdenken herbeizuführen. Das ist aber erforderlich, nicht nur um Diskriminierung und Ausgrenzung durch Einzel zu verhindern, sondern beispielsweise auch um dem Klima entgegenzuwirken, in dem hate crimes verübt werden. Letzteres ist unentbehrlich für den Schutz des Rechts auf Leben von Trans*-Menschen.

John Jeanette Solstad Remø ist eine norwegische Trans*-Frau, für die sich Amnesty International einsetzt.

Dementsprechend hat auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte vor einem guten Jahrzehnt anerkannt, dass Staaten in der Pflicht stehen, das rechtliche Geschlecht von Trans*-Menschen ihrem gewünschten Geschlecht anzupassen – das sogenannte Recht auf Geschlechtsidentität als Ausprägung des allgemeinen Rechts auf Respekt der Privatsphäre. Der Gerichtshof lässt den Staaten aber einen weiten Beurteilungsspielraum, was die Bedingungen und Voraussetzungen für eine solche Änderung des rechtlichen Geschlechts betrifft.

DIE LAGE IN NORWEGEN

In vielen europäischen Staaten werden daher nach wie vor sehr hohe und für viele sogar unerreichbare und unzumutbare Voraussetzungen an die Anerkennung des eigenen Geschlechts geknüpft. Das hat auch der Bericht von Amnesty International zur Menschenrechtslage von Trans*-Menschen, „The State Decides Who I Am“ (einsehbar auf der Website von Amnesty), gezeigt. Norwegen ist dafür ein typisches Beispiel: Voraussetzung für die Änderung des personenstandsrechtlichen Geschlechts sind unter anderem eine psychiatrische pathologisierende Diagnose und die Fortpflanzungsunfähigkeit. Letztere muss gegebenenfalls durch eine Sterilisation herbeigeführt werden. Neben dem Recht auf Geschlechtsidentität sind also auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf sexuelle Selbstbestimmung bedroht.

DER FALL JOHN JEANETTE: EIN ZWISCHENERFOLG

Eine solche Regelung in Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht vor einigen Jahren für verfassungswidrig erklärt; seitdem besteht in Deutschland kein Operationszwang mehr. Um diese Rechtslage auch in Norwegen zu erreichen, hat Amnesty International den Fall einer norwegischen Transfrau, John Jeanette Solstad Remø, aufgegriffen.

John Jeanette wird nach der momentanen norwegischen Gesetzeslage die Eintragung als weiblich im Personenstandsregister verweigert. Sie berichtet von Alltagsdiskriminierung, wie sie für Trans*-Menschen typisch ist: „Ich erinnere mich, einmal war ich beim Checkout in einem Hotel, und der

Mitarbeiter am Empfang entdeckte [auf dem Ausweis], was ich bin. Er sah einen Mann, aufgetakelt in Frauenkleidung. Er fing an, mir direkt ins Gesicht zu lachen. Ich habe bezahlt, bin hinausgerannt und in ein Taxi gestiegen. Ich konnte sehen, wie die gesamte Belegschaft mich aus dem Fenster anstarrte, als ich wegfuhr. Das machte mich furchtbar traurig, und ich war danach lange depressiv.“

In einer groß angelegten Unterschriftenaktion forderte Amnesty die norwegische Regierung auf, Vorkommnisse wie diese zu verhindern, insbesondere ein faires, transparentes und zugängliches Verfahren zur Änderung des rechtlichen Geschlechts zu schaffen. Anfang Februar wurden 15.487 Unterschriften, die dieses Anliegen unterstützen, an den Gesundheitsminister Bent Høie überreicht. Dieser zeigte sich sehr empfänglich, zumal das Ministerium viele internationale Anfragen bezüglich der Rechtslage bekommen habe: „Das macht schon einen Eindruck.“ John Jeanette war bei diesem Treffen dabei und ist vorsichtig optimistisch gestimmt: „Es sieht so aus, als würde sich unsere Arbeit bezahlt machen.“

Ein Zwischenerfolg? Sicherlich – zumal es schön ist, einmal direkt die positiven Ergebnisse des Einsatzes von Amnesty International zu sehen. Dies umso mehr in Anbetracht der jüngsten Entwicklungen: Eine vom Gesundheitsministerium eingesetzte Expertenkommission hat empfohlen, ein transparentes und zugängliches Verfahren zur Änderung des rechtlichen Geschlechts einzuführen. Dieses würde weder eine Wartezeit noch eine psychiatrische Diagnose oder eine Sterilisation fordern und somit den Forderungen von Amnesty entsprechen.

... UND DOCH NOCH EIN WEITER WEG!

Nun haben weder die Zusicherung eines Ministers noch die Empfehlung einer Expertenkommission Gesetzeskraft und die weitere Entwicklung in Norwegen bleibt abzuwarten. Dennoch: Wenn es tatsächlich zur Änderung der norwegischen Rechtslage kommt, ist das schon ein großer Schritt in die richtige Richtung. Es erhöht außerdem den Druck auf andere Staaten, ebenfalls menschenrechtswidrige Hürden an die Anerkennung des eigenen Geschlechts abzubauen. Damit ist noch längst nicht

alles getan: Zugang zur Gesundheitsfürsorge, Abbau von Diskriminierung und Pathologisierung, Verhinderung von hate crimes, Änderung des gesellschaftlichen Bewusstseins von einem starren, binären

Geschlechtersystem... Bis die Menschenrechte von Trans*-Menschen global beachtet werden, ist es noch ein weiter Weg. Aber ein weiterer Schritt ist getan.

„DER FLUCH DES KRIEGES VERFOLGT MICH...“

AMNESTY INTERNATIONAL SPRICHT MIT EINEM SYRISCHEN MANN, DER NACH SEINER FLUCHT AUS SYRIEN 2012 IN DEN NIEDERLANDEN LEBT.

Ich habe an die friedliche syrische Bürgerbewegung geglaubt und ich selbst bin ein friedlicher Aktivist und Verteidiger der Rechte sozialer Minderheiten. Als die Krise in Syrien im Jahr 2011 begann, sympathisierte ich mit den friedlichen syrischen Demonstranten und ihren Forderungen nach Freiheit und nach Beendigung aller Arten der Korruption und politischer und sozialer Tyrannei.

Wir haben aber bald feststellen müssen, dass die repressive syrische Regierung nicht mit den Massen von friedlichen Demonstranten und ihrem Bedürfnis nach Aussprache und Dialog umgehen kann, sondern sich dafür entscheidet, Repressionen und exzessive Gewalt gegen sie einzusetzen.

Wegen meines Engagements für die syrische Revolution in der Anfangszeit war ich mit Problemen und Gefahren konfrontiert, die schließlich zur Festnahme meines Freundes Shirko* durch die syrischen Sicherheitskräfte führten. Knapp einen Monat später wurde auch ich festgenommen. Wir wurden während der Haft von Mitgliedern der Sicherheitskräfte gefoltert und vergewaltigt.

Ich wurde als erstes entlassen, dann Shirko, nachdem er fast ein halbes Jahr lang in Haft war. Wir haben uns dann zur Flucht entschieden, da wir beide erneute Festnahmen befürchteten, wenn wir bleiben würden.

Während wir uns noch in Syrien aufhielten passierten Dinge, die mich noch heute belasten.

Ich erinnere mich an diese schrecklichen Wochen in Deir el-Zor und ich erlebte die humanitäre Lage, als die Sicherheitskräfte und die syrische Armee die Stadt angriffen. Es wurde systematisch bombardiert und zerstört. Ich kann immer noch den Tod riechen und höre die Geräusche der Frauen und Kinder auf der Flucht vor dem Bombardement und vor dem Tod.

Später konnte ich die heimgesuchte Stadt verlassen und mir gelang die Flucht in die Stadt Qamishli, wo ich Shirko, der kurdischer Herkunft ist, wieder treffen konnte. Wir gingen in den Libanon, um ein neues Leben zu beginnen, aber dort hatten wir viele Probleme, da alle Ebenen der Gesellschaft dem syrischen Volk mit Abneigung und Misstrauen gegenüber stehen.

Mein Freund Shirko und ich litten doppelt aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten im Libanon und wir hatten Schwierigkeiten einen Arbeitsplatz zu finden, da wir Syrer



Shatila, palästinensisches Flüchtlingscamp in Beirut, das eine unbekannte Anzahl von Flüchtlingen aus Syrien beherbergt, September 2014.



Open to Syria:
Fotoaktion London 2015

sind und da wir homosexuell sind. Unsere Homosexualität hat unsere Probleme erhöht und verstärkte die Belästigungen im Libanon. Zurückblickend muss ich sagen, dass wir einige unserer schlimmsten Momente im Libanon hatten, bevor wir vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR registriert waren.

Wir mussten lange Zeit auf die UNHCR Papiere warten, mit denen wir das Recht bekamen, im Libanon bleiben zu dürfen. Dann wurden wir für eine Neuansiedlung in den Niederlanden angenommen. Aber immer noch warteten wir. Wir haben dann schließlich im Libanon fast 14 Monate verbracht. Die ganze Zeit warteten wir darauf, das Land verlassen zu können, um unsere Reise in ein neues Leben zu beginnen.

Ich erinnere mich noch an die letzten Stunden vor unserem Flug nach Istanbul und dann nach Amsterdam. Wir weinten viel. Wir waren glücklich und traurig zugleich, und wir waren in diesem Moment sehr emotional. Auch heute noch, wenn ich diese Worte schreibe, kann ich immer noch nicht glauben, dass Shirko und ich seit einem Jahr und ein paar Monaten in den Niederlanden sind.

Ich kann nicht leugnen, dass sich mein Leben seit dem Moment unserer Ankunft hier sehr verändert hat, vor allem in Bezug auf unsere Homosexualität. Unsere Präsenz in einem Land wie diesem, in dem die Rech-

te Homosexueller respektiert werden, ist für mich sehr wichtig. Doch trotz dieser positiven und emotionalen Entwicklung, nicht zuletzt im Hinblick auf die Sicherheit und Stabilität, verfolgen uns der Fluch des syrischen Krieges und die schrecklichen Erfahrungen, die ich und mein Freund im Gefängnis machen mussten.

Ich habe immer wieder die gleichen hässlichen Alpträume mit den Gesichtern der Sicherheitskräfte, die mich vergewaltigten. Das ist unser größtes Problem hier in den Niederlanden: wir spüren die Auswirkungen der furchtbaren Ereignisse, und die schmerzhaften schrecklichen Erinnerungen quälen uns immer noch.

Mich plagt auch ein schlechtes Gewissen, weil ich noch lebe, während so viele meiner Freunde und Verwandten ihr Leben in Syrien verloren haben. Die Tatsache, dass ich ein normales Leben in den Niederlanden ohne Bombardierungen, Minenwerfer und Explosionen führen kann, verstärkt diese Gefühle, die mir mein Gewissen vorwirft. Ich kann essen und trinken, während Tausende Syrer in Hunger, Armut und Obdachlosigkeit in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens leben. Meine Familie lebt immer noch in Syrien, und das verschlimmert meine Angst um sie und ihr Wohlbefinden.

Ich fühle, dass eine Hälfte von mir hier in den Niederlanden lebt und die andere Hälfte meines Körpers und meiner Seele in Syrien bei meiner Familie, meinen Freunden, Verwandten und bei den Tausenden von Hungernden und Obdachlosen in Syrien und den Flüchtlingen in den Nachbarländern.

* Name wurde geändert.

Amnesty International's #OpenToSyria Kampagne drängt die reichsten Länder der Erde, sich für die gefährdeten Flüchtlinge zu öffnen – weitere Informationen finden Sie hier:

<https://storify.com/amnestyonline/open-to-syria>

EINSATZ FÜR DIE MENSCHENRECHTE DURCH KUNST UND FILME

Der Einsatz für die Menschenrechte ist ein anhaltender Kampf, der niemals endet, auch wenn wir einige Ziele erreicht haben; und was wäre ein besserer und edlerer Weg als die Kunst als Werkzeug in diesem Kampf zu nutzen.

Queeramnesty Berlin zelebrierte den Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember im Café Ulrichs mit der Vorführung des Films „They Hate Me in Vain - LGBT Christians in Today's Russia“ in Anwesenheit der Regisseurin Yulia Matsiy. Die unabhängige russische Filmemacherin und Menschenrechtsaktivistin, welche derzeit im italienischen Mailand residiert, befasst sich in diesem Film mit den Lebensumständen und Realitäten von christlichen LGBTI in Russland, insbesondere mit ihrer Position in der russischen Gesellschaft.

Als „Minorität in der Minorität“, wie Yulia Matsiy sie nennt, haben die christlichen LGBTI vor allem seit der Gesetzgebung zum „Verbot der Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ von 2013 einen schweren Stand. Das Gesetz behauptet die „traditionelle russische Familie und Kinder vor homosexueller Propaganda zu schützen“, doch in der Realität legitimiert es Gewalt gegenüber LGBTI-Personen, fördert Schikanen, unterdrückt die Meinungsfreiheit und lenkt die Aufmerksamkeit weg von den tatsächlichen sozialen Problemen des Landes.

Der einstündige Film, der 2013 gedreht wurde, besteht aus Interviews mit LGBTI-Aktivist_innen aus Russland, Bildmaterial von Demonstrationen in Moskau, persönlichen Erfahrungen und fängt auch den unerträglichen Druck der Medien und Öffentlichkeit ein. Nach der Filmvorführung gab es eine lebendige Diskussion zwischen den Aktivist_innen und dem Publikum über die aktuelle repressive Lage von LGBTI in Russland und darüber, wie wenig sich geändert hat in den zwei Jahren, seit der Film gedreht wurde. Bisher konnte der

Film nicht in Russland gezeigt werden.

Apropos Filme und Kunst: eine weitere Berlinale ist 2015 ins Land gegangen. Auch dieses Jahr ging der Teddy-Award in unterschiedlichen Kategorien an großartige Filme. Die Mitglieder von Queeramnesty Berlin haben nicht nur die Filme genossen und sich an den tollen Parties der Teddy-Awards erfreut, sondern auch hart gearbeitet. Auf der Opening und Closing-Party im SchwuZ-Club am 7. und 14. Februar haben wir Informationsstände organisiert und Unterschriften zu aktuellen Amnesty-Fällen gesammelt. So konnten sich die Club-Besucher_innen zwischen Tanz und Gesang, über Menschenrechtsverletzungen an LGBTI weltweit und der Arbeit von Amnesty informieren, Unterstützer_innenbriefe senden oder spenden.

Es gab ein reges Interesse, so dass über 100 Unterschriften innerhalb einiger Stunden zusammen kamen, einige Menschen wollten sogar mehr Informationen um selbst Amnesty-Mitglied werden zu können und der Infotisch war ständig umringt von einer großen Anzahl von Menschen. Viele Geschichten aus der ganzen Welt wurden untereinander geteilt, denn die meisten der Stand-Besucher_innen kamen aus dem Ausland. Es gab sogar einige Amnesty-Mitglieder, die uns Geschichten von Aktivitäten in ihren Ländern erzählen konnten!

Nachdem die harte Arbeit getan war, erfreuten sich die Queeramnesty-Mitglieder am Mix aus guter Musik, alten Hits und Livebands, während Gloria Viagra durch die Show führte.

Wer kann da noch sagen, dass Spaß und Menschenrechtsarbeit nicht zusammen passen?

Sonja Teofilovic



Protest gegen das sogenannte „Homopropaganda“-Gesetz vor dem russischen Parlament in Moskau, 2013

UKRAINE: VERZWEIFELTE HOFFNUNG

IN EINEM VOM KRIEG ZERRISSENEN LAND WERDEN DIE MENSCHENRECHTE SEHR SCHNELL VERNACHLÄSSIGT. UND OFFENSICHTLICH IST DIE UKRAINE SO EIN LAND, IN DEM DIE MENSCHENRECHTE GANZ UNTEN AUF DER PRIORITÄTENLISTE STEHEN.



Tetyana Mazur,
Geschäftsführerin von Amnesty
International in der Ukraine

„Die Einstellung der Öffentlichkeit muss sich ändern, denn die Homophobie ist in unserer Gesellschaft tief verwurzelt. In letzter Zeit haben die Übergriffe auf LGBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*-Menschen) zugenommen, obwohl sich die Ukraine angeblich nach europäischem Vorbild auf dem Weg zu mehr Toleranz befindet. Die Regierung verschließt die Augen vor den Taten der radikalen Rechten und diese Gleichgültigkeit schürt die Gewalt.“ so Andrii Krawtschuk, Menschenrechtsexperte des Nasch Mir Centers. Er und das Team von Nasch Mir haben den Bericht „From Despair to Hope“ („Von Verzweiflung zu Hoffnung“) über die Situation von LGBT in der Ukraine 2014 zusammengestellt. „Erst gestern auf einem Treffen des parlamentarischen Menschenrechtskomitees, an dem auch der stellvertretende Justizminister teilnahm, wurde deutlich, dass die ukrainische Regierung alles dafür tut, dass in der Ausarbeitung der nationalen Menschenrechtsstrategie keine Bezüge zu LGBT vorkommen. Es scheint so, als lebe die Regierung noch immer in einer von der Sowjetunion geprägten Zeit.“ Der Bericht „From Despair to Hope“ über LGBT in der Ukraine enthält Informationen über mindestens elf Übergriffe auf Gay-Clubs in Kiew, Donezk und Odessa im Jahre 2014. Außerdem gab es Anfang 2015 eine Reihe von Morden an Homosexuellen (insbesondere Raubüberfälle) in Kiew, Charkiw und Luhansk. Das homophob motivierte Verbrechen mit dem größten Widerhall war der Brandanschlag auf das Kino „Schowten“ in der Hauptstadt während der Vorführung eines LGBT-Films.

Typischerweise wird der Fall von der Polizei als „bloßes Rowdytum“ bewertet, obwohl die Täter ihre homophoben Motive explizit genannt haben. Es gibt keine Anzeichen für einen Rückgang der homophob motivierten Diskriminierungen in der Ukraine. Das ist keine Überraschung. Fast alle Regierungsbehörden ignorieren Vorschläge und Anträge von der LGBT-Community. Die homophob motivierte Gewalt und die Diskriminierung werden zwar von den Medien nicht geleugnet, aber es wird vermieden, diese zu erwähnen.

„In der Ukraine tobt nicht nur der Krieg im Osten, sondern auch ein Krieg der Werte. Schockierende Hassdelikte und die Unfähigkeit des Staates, das Grundrecht der friedlichen Versammlungsfreiheit zu sichern – dies ist nur ein kleiner Teil von dem, womit Menschen in der Ukraine aufgrund ihrer sexuellen Orientierung konfrontiert sind.“ so Tetyana Masur, Geschäftsführerin von Amnesty International in der Ukraine. „Die Rechte der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*-Menschen sind dieselben wie von allen anderen Bürger_innen und die Regierung ist dazu verpflichtet, diese zu verteidigen, per Gesetz und in der Praxis. Allerdings ist die Diskriminierung in der Ukraine ein systemisches und chronisches Problem. Wir hoffen darauf, dass der Staat endlich damit beginnt, sich für Toleranz und Respekt gegenüber den Menschenrechten einzusetzen.“ In der Ukraine sind LGBT eine der schutzbedürftigsten sozialen Gruppen – sie haben mit weitverbreiteten Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierungen, Gewalt und anderen Missachtungen der Menschenrechte zu



Erster LGBTI-Pride in Kiew, Ukraine 2013

kämpfen. Auf politischer, legislativer und sozialer Ebene wird regelmäßig gegen die Rechte von LGBT verstoßen. Zum Beispiel haben die Regierung und die Werchowna Rada (das Parlament) das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung im Mai 2014 nicht in die Arbeitsgesetzgebung aufgenommen, obwohl ein solches Verbot für die Ukraine gemäß dem Aktionsplan zur Visaliberalisierung mit der EU verpflichtend ist.

Der Entwurf der nationalen Menschenrechtsstrategie zeigt deutlich, dass die Menschenrechte von LGBT abermals missachtet werden. Der Satz „alle zu beschützenden Merkmale“ in Artikel 9 („Überwindung der Diskriminierung“) ist nicht umfassend genug, um die Rechte von LGBT in der Ukraine zu schützen. Weder die sexuelle Orientierung noch Geschlechtsidentität werden explizit in der nationa-

len Gesetzgebung der Ukraine als zu beschützende Merkmale genannt. Erfahrungen zeigen deutlich, dass die Menschenrechte von LGBT einzeln aufgeführt werden müssen. Homophobie ist im Massenbewusstsein der ukrainischen Gesellschaft fest verankert – insbesondere die Geistlichen und Politiker_innen schüren unermüdlich Homophobie. Die Beseitigung der Homophobie ist ein komplexer Prozess, der erhebliche Anstrengungen und eine Reihe von staatlichen Maßnahmen zur Veränderung der öffentlichen Einstellung erfordert.

*Colin de la Motte-Sherman,
basierend auf Infos von Nasch Mir*

Amnesty International Deutschland und Queer-amnesty unterstützt die Forderung der ukrainischen LGBT-Gemeinschaft nach internationalen Druck auf die ukrainische Regierung, um mithilfe von Lobbyarbeit Politiker_innen und Regierung zu beeinflussen und ihre Einstellung zu den Menschenrechten von LGBT zu verbessern.



Liebe Abonent_innen des Rundbriefes,
**helfen Sie uns Kosten zu sparen,
indem Sie anstelle der Papierversion
den Rundbrief als PDF abonnieren.**

Schreiben Sie uns dafür einfach eine Nachricht an
rundbrief@queeramnesty.de

mit der E-Mail-Adresse, über die Sie den Rundbrief
beziehen möchten.
Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

WERDEN SIE AKTIV!

Menschenrechtsverteidiger_innen und verfolgte LGBTI brauchen Ihre Unterstützung!
Mit wenigen Klicks, einer Mail oder einem Brief können Sie ihnen helfen.

www.queeramnesty.de/aktionen

Hier finden Sie immer ganz aktuell, bei welchen Aktionen Sie uns unterstützen können. Meistens auch mit Beispielbriefen oder Petitionslisten zum Ausdrucken.

Liebe Aktivisten und Aktivistinnen,

Wie erbeten, teile ich euch auf diesem Wege mit, dass ich statt der Papierversion den Rundbrief gerne als PDF abonnieren möchte.

Auf diesem Wege einmal herzlichen Dank für eure Arbeit, egal ob an der "Front" oder redaktionell beziehungsweise beim Layout. Als langjähriger Mitarbeiter der "Nürnberger Schwulenpost" als "Mädchen für alles" ;=) und als Mitglied des Vereins Fliederlich e.V. Nürnberg ist mir sehr bewusst, welche Arbeit dahinter steckt!
Mein Glückwunsch zum 50. Rundbrief, den ich auch wieder mit großem Interesse gelesen habe, und natürlich zu 20 Jahren Queeramnesty!

Ich unterstütze unser gemeinsames Anliegen mit großer Freude!

Liebe Grüße
Wolf-Jürgen ABmus



IMPRESSUM

POSTANSCHRIFT

QUEERAMNESTY Themenkoordinationsgruppe | Amnesty International e.V.
Postfach 30 22 26 | 10753 Berlin

GRUPPENSPRECHER

Rupert Haag, info@queeramnesty.de

SPENDENKONTO

Amnesty International, Stichwort: "Spende Gruppe 2918"
Bank für Sozialwirtschaft Köln, BIC: BFSWDE33XXX
IBAN : DE23 3702 0500 0008 0901 00

IN KOOPERATION MIT

Amnesty International Schweizer Sektion, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: Postkonto 82-645780-9

Amnesty International Österreich, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: AI Österreich
PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: Netzwerk LGBTI-Rechte

Chefredaktion: Colin de la Motte-Sherman (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Mitarbeit: Claudia Beier und Fabian Brüder
Layout: Claudia Becker
Druck: DRUCKSTUDIO, Werbeagentur der Druckhaus Frankfurt GmbH,
Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt
Auflage: 4.000 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.

BEZIRKSGRUPPE BERLIN

Stephan Cooper, Tel: 030/796 28 74 oder 0179/679 36 78
berlin@queeramnesty.de | www.queeramnesty-berlin.de

BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

queer@amnesty-suedbaden.de

BEZIRKSGRUPPE HAMBURG

040/60 94 20 58 | info@queeramnesty-hamburg.de
www.queeramnesty-hamburg.de

BEZIRKSGRUPPE KÖLN

John Witulski | koeln@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

queeramnesty.leipzig@gmx.de

BEZIRKSGRUPPE MÜNCHEN

Flu Bäurle, Tel: 0176/77 51 73 01 | muenchen@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

queer@amnesty-suedbaden.de

ÖSTERREICH

A-WIEN
Queeramnesty Österreich | Moeringgasse 10 | 1150 Wien
Tel: 0043 1 7 80 08 | Fax: 0043 1 7 80 08 44 | queer@amnesty.at
www.queeramnesty.at

SCHWEIZ

CH-Bern
Queeramnesty | Postfach | CH-3001 Bern
info@queeramnesty.ch | www.queeramnesty.ch